

Risiko für den Bezirksetat

Bezirk will Sanierung der „Schimmel-Häuser“ durchsetzen - und kann dabei Geld verlieren

Kreuzberg. Der Haushaltsplanentwurf des Bezirks fürs kommende Jahr klemmt an allen Ecken und Enden. Noch immer gibt es ein Loch von mehreren Millionen Euro.

Noch nicht eingerechnet in das Defizit ist eine weitere Unwägbarkeit. Dabei handelt es sich um das schon unendliche Thema Schimmelhäuser an der Schöneberger Straße. Die Wohnungen dort sollen ab September saniert werden. Das war zumindest das Ergebnis eines Gerichtsvergleichs zwischen dem Bezirk und der R&W-Hausverwaltung im Frühjahr dieses Jahres. „Bisher gibt es aber noch keine Bestätigung der R&W, auf dem dieser Sachstand dargelegt wird“, erklärte Bürgermeister Dr. Franz Schulz (Bündnis 90/Die Grünen) in der vergangenen Woche vor dem Stadtpla-

nungsausschuss. Das heißt: Es gibt noch kein Signal, ob die Arbeiten wirklich beginnen.

„Wir haben deshalb der Hausverwaltung eine Frist bis 15. August gesetzt“, so der Bürgermeister. Erfolgt darauf keine Antwort, will der Bezirk den Baustart trotzdem anordnen und das mit der „Androhung einer Ersatzvornahme“ koppeln. Konkret würden dann die Mieten gepfändet und für die Baumaßnahmen verwendet. „Ein Vorgehen, mit dem wir zwar auf der sicheren Seite wären“, wie Schulz betont, das aber andere Unwägbarkeiten birgt. Denn zum einen ist nicht klar, ob das Geld für die Sanierung durch die fälligen Mieten aufgebracht werden kann. Zum anderen besteht zumindest die Befürchtung, dass mit der Sanierungsanordnung das gesamte Konstrukt der R&W in Insolvenz ge-

hen könnte. Denn die wahren Besitzer der Häuser sind rund 300 Einzelpersonen und Fonds.

„Wir wären möglicherweise auf einen Schlag mit diesen Zeichnern konfrontiert“, macht Schulz klar. Und es bleibt die Frage, wer dann wie viel aus der Konkursmasse abbekommt.

Kritik am Bezirksamt

„Wir beschreiten von der Komplexität und der Größenordnung dieser Frage Neuland“, so das Fazit des Bürgermeisters. Das mögliche finanzielle Risiko beziffert er auf „eine halbe Million Euro plus x“. „Ich möchte deshalb ein klares Votum nicht nur des Stadtplanungs-, sondern auch des Haushaltsausschusses für dieses Vorgehen.“ Die Verordneten des Stadtplanungsgremiums werden sich schon am heutigen Mittwoch zu einer

Sondersitzung in Sachen Schimmel-Sanierung treffen.

Dass den Mietern der betroffenen Wohnungen endlich geholfen werden muss, darin stimmten alle Fraktionen überein. Allerdings kam vor allem von Seiten der CDU Kritik am Agieren des Bezirksamtes. Unions-Vertreter Michael Schill verwies vor allem auf einen Passus im Gerichtsvergleich, nach dem die R&W die Entscheidung „unter dem Vorbehalt ihrer Treuebersammlung“, also der Eigentümer, gestellt hatte. Dass der Bezirk dem zugestimmt habe, sei einem „Freibrief an die Hausverwaltung“ gleich gekommen, meinte Schill. Mit diesen Argumenten „schlage man den Sack, auch wenn man den Esel meint“, konterte Dr. Thomas Römer (Die Linke). „Denn für alle Probleme ist die R&W verantwortlich.“ tf